

Landtagswahl-Korrespondenz

Nr. 8.

Ausgegeben Berlin, den 21. September 1879.

Im Interesse unseres Wahlfonds bitten wir die Abonnenten der Parlamentarischen Korrespondenz, den Mehrbetrag an Kosten, welche die Zusendung der Wahlkorrespondenz verursacht, im ungefähren Betrage von 1 Mark für 1 Exemplar, 10 Mark für 11 Exemplare, 15 Mark für 17 Exemplare, 20 Mark für 25 Exemplare, 40 Mark für 60 Exemplare, 60 Mark für 100 Exemplare gefälligst sofort abzusenden an den

Abgeordneten Hugo Hermes, Berlin C, Neue Promenade 3.

Bei Nachbestellungen der „Parlamentarischen Korrespondenz“ ist zu berücksichtigen, daß leider ein komplettes Exemplar nicht mehr geliefert werden kann, indem Nr. 3 vergriffen ist.

Flugblätter.

1) „Gegen die Konservativen“. 2) „Für den Landmann“. 3) „Wahlaufruf an Preußens Volksschullehrer“. 4) „Was will das feudale Kleinjunkerthum?“ 5) „Wahlaufruf für Gewerbetreibende, Handwerker und Geschäftsleute“. 6) „Wählt keinen Landrath“. 7) „Wahlaufruf an die preußischen Beamten in und außer Dienst“. — Verbesserte Abdrücke der betreffenden Aufsätze der Wahlkorrespondenz. Zu beziehen aus der Druckerei von Troitzsch & Dertag zu 6 M. für 300, 8 M. für 500, 12 M. für 1000 Exempl. Betrag ist der Druckerei vorher einzulenden oder es ist Postnachnahme zu gestatten. Die Zusendung der Blätter erfolgt portofrei.

Siebentes Flugblatt. Wahlaufruf an die preußischen Beamten in und außer Dienst.

Das Preußen als solches und für Deutschland geworden, verdient es nicht zum geringsten Theil seinen Beamtenstande. Der preußische Beamte von alter guter Art ist stolz darauf, im Amte dem Könige und dem Vaterlande zu dienen. Ein oft schmales Einkommen, vielfache Einschränkungen in der äußeren Lebenshaltung erträgt der Beamte, gehoben von dem ehrenvollen Bewußtsein, seine Kräfte frei von Sonderinteressen der Förderung des Gemeinwohls zu widmen. In dieser Gesinnung erzieht der preußische Beamte auch seine Söhne und ist stolz, wenn es ihm unter eigenen Entbehrungen gelingt, die- oder höherer Ausbildung zu widmen, welche sie befähigt, einen größeren oder höheren amtlichen Wirkungskreis auszufüllen, als ihm selbst be- (stehen war.*) Und wenn der Beamte in den Ruhestand tritt, die Uniform auszieht, dann bleibt ihm bis zum Lebensende ein warmes Interesse, ein lebhafter Antheil für Alles, wofür er in amtlicher Stellung gewirkt und gearbeitet hat.

Ein solcher Beamtenstand, dem die Beamtenstellung nicht als Selbstzweck gilt, sondern als Mittel, um der Allgemeinheit zu dienen, hat politisches Selbstbewußtsein, hat eigene Ueberzeugungen in Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung. Lange bevor es in Preußen eine Verfassung und eine Volksvertretung gab, ist der Beamtenstand bestrebt gewesen, diesen seinen Ueberzeugungen Ausdruck

*) Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat freilich umgekehrt am 3. Oktober 1878 im Reichstoge es eine sozialistische Krankheit der Beamten genannt, in der Erziehung der Kinder eine Stufe höher hinauf zu steigen über die Stufe, welche sie selbst innegehabt hätten.

zu geben in der Gesetzgebung und Verwaltung. Als es zu Anfang dieses Jahrhunderts freie Bürger und Bauern noch nicht gab, da war es das preußische Beamtenthum, welches jene große sich an die Namen von Stein und Hardenberg knüpfende Gesetzgebung zur Durchführung bringen half und gegen alle Sonderinteressen und Herrschaftsgelüste von Junkern und Jünstlern zu verteidigen wußte. Und als noch der Handels- und Gewerbestand vielfach in den engherzigsten Vorurtheilen befangen lag, da hat bei der Stiftung und Ausbildung des deutschen Zollvereins der deutsche Beamtenstand in erster Reihe mitgearbeitet, um die Vorstufe zur deutschen Einheit zu zimmern.

Ein solcher Beamtenstand ist mit den alten liberalen Traditionen der preußischen Gesetzgebung und Verwaltung fest und innig verwachsen. Er versteht es nicht, wie man dieselben unter Eindrücken des Augenblicks verlassen und in das Gegentheil verkehren darf. In stiller Bestürbnis sieht er Männer, welche er als die Zierde seines Standes anzusehen gewohnt war, bei dieser Umkehr entweder aus dem Amte scheiden oder zurückgestellt werden. Der sich in den Vordergrund drängende Kampf der Sonderinteressen erfüllt den Beamten mit wachsender Besorgnis um die Aufrechterhaltung eines einheitlichen Staatsbewußtseins. Streberthum aller Art wuchert jetzt empor und sucht durch geschmeidige Formen und Unterwürfigkeit nach oben zu ersehen, was ihm an geistigem Inhalt und eigenen Ueberzeugungen gebricht. Der Servilismus macht sich breit und das Renegatenthum spreizt sich noch mit seiner Gesinnungslosigkeit. Noch erklärt man zwar, nicht nach Canossa zu gehen, aber man unterhandelt da, wo man vor Allem Gehorsam gegen die rechtsgültige Landesgesetzgebung zu fordern berechtigt ist, über die Revision oder Nichtanwendung dieser Gesetze. Die römische Hierarchie triumphirt, daß Falk, der „Hauptmann“ gefallen und die „Provinzial-Korrespondenz“ meint, gerade weil Falk „in siebenjährigen heißen Kämpfen im Vordergrund der Aktion gestanden und der Mittelpunkt aller Angriffe gewesen“, habe er vor dem „Friedenswerk“ mit der römischen Hierarchie zurücktreten müssen. Falk folgen die modernen Streiter für Staatshoheit und Aufklärung nach.***) Diplomaten mögen dies Alles richtig finden; das altpreußische Beamtenthum vermag diese Art der Regierung in Preußen nicht mehr zu verstehen.

Altpreußische Beamte verstehen es auch nicht, wie die Regierung es ohne Erwiederung lassen kann, daß angeblich in ihrem Interesse die neueren, vom Fürsten Bismarck selbst seiner Zeit vorgeschlagenen, von ihm gegengezeichneten Gesetze in müster an die Sozialisten erinnernder Sprache und in einer das Ansehen der Gesetze schmähenden Weise als die Quelle aller Uebelstände genannt, daß ebenso Versprechungen gemacht werden, welche keine Regierung erfüllen kann und bei denen daher alsbald der Beifall des Augenblicks sich in eine dauernde Unzufriedenheit verwandeln muß, die die Grundlagen des Staats selbst anzutasten droht.

Wenn der Staat mehr Verantwortung übernimmt als er tragen kann, so leidet darunter sein Ansehen, sein Einfluß, seine Wirksamkeit auf allen Gebieten seiner Thätigkeit. Es leidet ebenso die Stellung seiner Beamten. Je mehr die Zahl der Beamten sich vermehrt — in Folge der Ausdehnung des Staatsbahnsystems ist sie in den letzten zwölf Jahren für Preußen trotz sonstiger Veränderungen von 63 000 auf 71 000 gestiegen — desto weniger können die einzelnen Beamten

**) Eben jetzt triumphirt die ultramontane Partei wieder über die Aussichten, welche ihr die jüngste Enthebung des Schulraths Lauer in Köln von der Schulaufsicht eröffnet hat.

ausreichend bezahlt werden. Jeder Rückgang in den Staatseinnahmen bewirkt Vermehrung der diätarisch oder remuneratorisch wahrgewonnenen Stellen. Jede Gehaltsverbesserung verschlägt dann gleich viele Millionen. Deshalb ist auch noch immer der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Beamten, trotz aller Anregungen von liberaler Seite und der längst anerkannten Nothwendigkeit einer Reform, nicht gebührend Rechnung getragen worden. Immer schwieriger wird mit der Ausdehnung der Staatsverwaltung auch die gerechte Regelung der Besoldungsverhältnisse im Einzelnen. Das geltende Gehaltssystem mit seinen Minimal- und Maximalsätzen, wobei für das Vorrücken im Gehalt nicht wie bei bestimmten Alterszulagen die wachsende Leistungsfähigkeit, sondern der Zufall oder das Lebensalter und der Gesundheitszustand der Vordermänner maßgebend ist, paßt am Wenigsten für die jetzige Zeit und ihre häufigen Umgestaltungen der Behördenorganisation. Das Remunerations- und Gratifikationsystem ist eine Quelle der Liebedienerei und der willkürlichen Begünstigung. Vergeblich haben bisher die Liberalen das System zu beseitigen gesucht, an dem etatmäßigen Besoldungsfonds zu Gunsten jenes Remunerationsfonds zu sparen. Fürst Bismarck mußte es in seinen Dezemberbrief selbst anerkennen, wie sein indirektes Besteuerungssystem durch die Vertheuerung aller Lebensmittel gerade Personen mit festem Einkommen wie die Beamten zu bedrücken geeignet sei, da diese den theurer werdenden Lebensunterhalt nicht auf die Preise abzumwälzen vermögen. Die Vertheuerung der Lebensmittel als Folge des neuen Zollsystems merkt man bereits, aber von der zur Entschädigung versprochenen Gehaltsaufbesserung ist nirgend etwas zu merken.

Die Verfassung hat auch den Beamten das Wahlrecht gegeben. Der Beamte ist nicht verpflichtet, agitatorisch in den Vordergrund zu treten, aber hat das volle Recht, nach seiner freien selbständigen Ueberzeugung zu wählen. Sein Amt giebt ihm oft mehr als Anderen Gelegenheit, sich eine solche Ueberzeugung zu bilden. Wollte der Beamte nicht seine freie Ueberzeugung, sondern die politische Gesinnung seines jeweiligen Vorgesetzten bei der Wahl für sich maßgebend sein lassen, so würde er, der im öffentlichen Leben eine Ehrenstellung einnimmt, als Staatsbürger zur zweiten Klasse zählen und nicht werth sein, das Wahlrecht zu besitzen.

Wir preussische Beamte wählen darum selbständig und wählen liberal, wir wählen unabhängige freisinnige Männer, die festhalten an den alten Traditionen, welche Preußen groß gemacht haben, und nicht das Staatswesen der Herrschaft von Junkern und Pfaffen preisgeben wollen. Wir wählen liberale Männer, die gleiches Recht für Alle erstreben, nicht in den Beamten die unterthänigsten Schreiber erblicken, sondern auch in ihnen die Manneswürde achten und für unsern Stand die altpreussische Losung „Jedem das Seine“ zur Wahrheit zu machen bestrebt sind.

Die Volksschullehrer und die Fortschrittspartei.

Die Preussische Lithauische Zeitung, ein bekanntes Reptilienblatt, versucht wie bei der letzten Wahl in sozialistischer Art die Lehrer gegen die Gutsbesitzer und die fortschrittlichen Abgeordneten insbesondere aufzuheizen, indem sie allerlei den Lehrern ungünstige Redensarten als angeblich von Fortschrittsmännern herrührend anführt. Natürlich hütet man sich, irgend einen Namen zu nennen, weil dann sofort die ganze Verlogenheit dieser Anführungen klar gestellt werden würde. Wie die bisherigen Abgeordneten der Fortschrittspartei aus Ostpreußen in Wirklichkeit den Lehrern gesinnt sind, beweist der von ihnen zum ersten Bericht der Unterrichtskommission über Petitionen im Abgeordnetenhaus am 14. Januar 1879 eingebrachte Antrag, welchen wir hierunter wortgetreu der Nr. 113 der Druckfachen des Abgeordnetenhauses entsprechend folgen lassen.

Antrag

zum ersten Bericht der Unterrichts-Kommission über Petitionen. — Nr. 93 der Druckfachen. —

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

- I. Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, im Falle ein Unterrichtsgesetz nicht vorgelegt wird, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, welcher das Pensionswesen der Volksschullehrer in der Weise ordnet, daß

- a) den Lehrern ein bestimmter nach dem Dienstverdienst und dem Dienstalter zu bemessender Pensionsanspruch zuerkannt wird;
- b) unter Befreiung der einzelnen Schulstellen bezw. Gemeinden von der ihnen jetzt obliegenden Pensionslast in jedem Regierungsbezirk eine Pensionskasse eingerichtet wird;
- c) diese Pensionskassen theils auf Beiträge der Schulstellen bezw. Gemeinden, theils auf Anteile an den in den einzelnen Bezirken aufkommenden direkten Staatssteuern begründet werden.

II. Die Königliche Staatsregierung aufzufordern:

- a) noch in dieser Session dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Bestimmung im § 9 des Gesetzes vom 22. Dezember 1869 in Wegfall bringt, wonach die Antritts- und Gehaltsverbesserungsgelder der Lehrer zum Kapital der Wittwenkassen geschlagen werden müssen und nicht nach ihrem normalen Durchschnittsbetrage bei Bemessung der Wittwenpensionen in Betracht gezogen werden dürfen;
- b) nach Erlaß dieses Gesetzes die Leistungsfähigkeit der einzelnen Wittwenkassen einer genauen Prüfung durch Sachverständige zu unterziehen und über das nothwendige Minimum der Pensionen für die Hinterbliebenen, sowie über die Mittel und Wege zu dessen Aufbringung Erhebungen zu veranstalten, auch das Ergebniß dieser Prüfungen und Erhebungen zur Kenntniß des Landtages zu bringen.

Berlin, den 14. Januar 1879.

Richter (Hagen).

Alnoch. Andoht. Beerbohm. Bernhardt. Dirichlet. Donaldis. Douglas. Droese. Dulheuer. Dr. Eberty. Fiedler. Frenzel. Freund. Dr. Frickhöffer. Gruenhagen. Haebler. Dr. Hanel. Halberstadt. Herms. Dr. Jachmann. Klotz (Berlin). Klotz (Sonneburg). Rob. v. Kraatz. Kummert. Dr. Langerhans. Loewe (Berlin). Dr. Lutteroth. Mehlfäulen. Mohr. Mühlenbeck. Niederschabbehard. Parisius. Quadt. Dr. Rahts. Reinberger. Ringe (Berlin). v. Sauten-Julienfelde. Schlüter. Schnackenburg. Dr. Seelig. Seydel. Dr. Straßmann. Troje. Uhlendorff. Dr. Vichow. Warburg. Wegmann. Wiedwald. Windthorst (Bielefeld). Wischmann. Worjewski. Wulfsheim. Zelle. Dr. Zimmermann (Berlin).

— Die Gebäudesteuer und die Fortschrittspartei. Gegenüber den falschen Behauptungen, welche über die Stellung der Fortschrittspartei zu der jetzt stattfindenden Gebäudesteuerveranlagung bezw. Erhöhung von konservativer Seite verbreitet werden, lassen wir hierunter den Antrag wortgetreu folgen, welcher von der Fortschrittspartei am 31. Oktober 1877 im Abgeordnetenhaus eingebracht worden ist, aber die Zustimmung der Regierung, der Konservativen und des rechten Flügels der Nationalliberalen nicht erlangen konnte.

Antrag

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben:

Gesetz

wegen Abänderung des §. 5 des Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861.

Wir Wilhelm etc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Der im §. 5 des Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861 normirte Jahressteuersatz von vier beziehungsweise zwei vom Hundert des Nutzungswertes der Gebäude wird vom 1. Januar 1880 ab auf denjenigen Satz ermäßigt, welcher unter Zugrundelegung der Ergebnisse der in Gemäßheit des §. 20 l. c. demnächst vorzunehmenden Revision der Gebäudesteuerveranlagung der Solleinnahme des Jahres 1878 an Gebäudesteuer entspricht. Die Feststellung dieses Satzes erfolgt durch Königliche Verordnung.

Urkundlich etc.

Berlin, den 31. Oktober 1877.

Richter (Hagen). Dr. Bender.

Unterstützt durch:

Alnoch. Andoht. Beerbohm. Dr. Bergeroth. Bernhardt. Bromm. Bürger. Dirichlet. Doerk. Donaldis. Douglas. Droese. Dulheuer. Dr. Eberty. Fiedler. Frenzel. Freund. Dr. Frickhöffer. Gruenhagen. Haebler. Dr. Hanel. Dr. Hausmann. Klotz (Berlin). Klotz (Sonneburg). Knörde. v. Kraatz. Kummert. Dr. Langerhans. Loewe (Berlin). Dr. Lutteroth. Mehlfäulen. Mohr. Niederschabbehard. Parisius. Dr. Paur. Quadt. Dr. Rahts. Reinberger. Ringe (Berlin). v. Sauten-Larupfchen. Schlüter. Schnackenburg. Dr. Schrader. Dr. Seelig. Seydel. Dr. Straßmann. Troje. Dr. Vichow. Warburg. Wiedwald. Windthorst (Bielefeld). Wischmann. Worjewski. Wulfsheim. Zelle. Dr. Zimmermann (Berlin).

Gründe.

Der Gesetzentwurf bezweckt die Abwehr einer Erhöhung der Gebäudesteuerlast, wie solche die für 1880 bevorstehende Veranlagungsrevision ohne entsprechende Herabsetzung des Steuerprozentfußes nach sich ziehen würde. Einer dem jetzigen Miethswerthe mehr entsprechenden neuen Vertheilung der Gebäudesteuerlast soll nicht entgegengetreten werden; eine damit verbundene Erhöhung der Gebäudesteuer aber würde unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen besonders drückend erscheinen, jedenfalls den Communalverbänden die Inanspruchnahme einer Steuerquelle noch mehr erschweren, auf welche dieselben gegenüber den von der neueren Gesetzgebung an sie gestellten erhöhten und vermehrten Anforderungen am wenigsten verzichten können.

Außerdem würde durch eine solche Steuererhöhung das thatsächlich bestehende Verhältniß der Gebäudesteuer zur Grundsteuer und das Verhältniß beider Steuern zu anderen Steuern im Staate in einer der allgemein als notwendig erkannten systematischen Steuerreform vorgehenden und dieselbe erschwerenden Weise verändert werden.

— **Die neue Gebäudesteuerveranlagung.** Die Wochen-Korrespondenz der freikonservativen Partei behauptet, daß, wenn der Richter'sche Antrag, das Plus der neuen Gebäudesteuerveranlagung zu einer Herabsetzung der Gebäudesteuer zu verwenden, durchgegangen wäre, dies wesentlich nur den Großstädten, namentlich Berlin, zu Gute gekommen sei. Dies ist vollständig un wahr. Die Gebäudesteuer brachte bisher 20 Millionen Mark ein und wird künftig 30 Millionen Mark einbringen. Nach dem Richter'schen Antrage würde sie auch künftig nur 20 Millionen Mark eingebracht haben, indem der Steuerprozentfuß eine Ermäßigung im Verhältniß von 3 : 2 erfahren hätte. Es würde also jeder gleichmäßig in Stadt und Land nach dem Richter'schen Antrage jedesmal nur 2 Mark zu zahlen haben, wo jetzt auf dem neuen Gebäudesteuerzettel 3 Mark angesetzt sind.

— **Die Sparsamkeit der Konservativen und Klerikalen.** Die Wochen-Korrespondenz der Freikonservativen erkühnt sich, die Liberalen für das vorhandene Defizit verantwortlich zu machen, indem sie sagt, daß ja bisher im Landtage und Reichstage die Liberalen die Mehrheit gehabt hätten. Sie verschweigt dabei, daß bei Ausgabebewilligungen die Mehrheit stets gebildet wurde von den Konservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen, während sich die Fortschrittspartei und das Centrum durchweg in der Minderheit befanden und der linke Flügel der Nationalliberalen bald mit der Mehrheit, bald mit der Minderheit stimmte. Oder sind es etwa die Konservativen gewesen, welche beispielsweise beständig gegen die Bewilligung der gemeinsamen Fonds, gegen die Erhöhung der Offiziersgehälter, den dreizehnten Hauptmann, das Kadettenschloß in Lichterfelde u. stimmten?

— **Die Konservativen und die Eisenbahnbauten.** Die Wochen-Korrespondenz der Freikonservativen hat die Dreistigkeit, der Fortschrittspartei die Bewilligung unrentabler Eisenbahnen in die Schuhe zu schieben. Es giebt aber keine neue Eisenbahn und keine vom Staate zu theuren Preisen angekaufte Krachbahn, für welche die Freikonservativen nicht gestimmt haben. Gerade das Staatsbahnprinzip, welches sie auch jetzt wieder auf die Fahne schreiben, veranlaßte sie dazu. Zu den unrentablen Berlin-Weßlauer Eisenbahn und der damit zusammenhängenden 120 Millionen Thaler-Anleihe gab eine freikonservative Interpellation (Elsner von Grunow) die Anregung. Die Fortschrittspartei hat nur für die kleine sogenannte masurische Bahn gestimmt, weil sie es nicht verantworten zu können glaubte, daß, nachdem nahezu eine Milliarde für Eisenbahnbauten und Eisenbahnankäufe in anderen Landestheilen von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit bewilligt und damit der Staatskredit so erheblich belastet war, ein Eisenbahnbau einem Landstrich vorenthalten bleiben sollte, welcher naturgemäß auf den Staatskredit für den Eisenbahnbau angewiesen ist.

— **Erlaß an Klassensteuer.** Am 7. März 1873 stimmten gegen den von der Staatsregierung angebotenen Erlaß von 9 Millionen Mark Klassensteuer, welcher durch Aufhebung der 15 Sgr.-Klassensteuerstufe ausschließlich dem platten Lande zu Gute gekommen ist, 51 konservative Abgeordnete, darunter v. Härensprung, v. Kottinet, Engelke, v. Gräbenitz, v. Jagow, v. Manteuffel, v. Marschall, v. d. Osten, v. Rauter, v. Saurma, v. Schönning, Schütze, v. Waßdorf, Weike.

— **Die Kaiserzusammenkunft in Alexandrowo.** Unmittelbar vor dieser Zusammenkunft schlossen sich die Festlichkeiten in Königsberg. Natürlich

war viel von der Bedeutung der Kaiserzusammenkunft die Rede. Aus allem, was man gehört hat, geht hervor, daß wir die Erhaltung des Friedens in erster Reihe der Politik und Weisheit der beiden Monarchen persönlich zu danken haben, welche über die Köpfe ihrer Kanzler hinweg einander die Hände reichten. Es kann nur einen schlechten Eindruck machen, wenn die offiziöse Presse das persönliche Verhältniß der Monarchen zu einander derart in den Vordergrund stellt, als ob es nicht zusammenfielen mit den Interessen der Staaten und den Wünschen der Völker. Wenn wirklich zwischen Kaiserpolitik und Kanzlerpolitik ein Unterschied sein sollte, so wird sich das deutsche Volk unzweifelhaft auf Seiten des Kaisers stellen. Es giebt in Deutschland Viele, welche auch in der auswärtigen Politik den Kanzler nicht mehr für so unfehlbar halten, wie dies seine unbedingten Anhänger wünschen möchten.

— **Nach Canossa?** Die Provinzialkorrespondenz und die gesammte offiziöse Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß die Antwort des Minister von Puttkamer an den westfälischen Klerus auch wesentlich bestimmt ist, einen Eindruck für die bevorstehenden Wahlen zu machen und ungünstigen Auffassungen des stattgehabten Ministerwechsels entgegen zu wirken. Auch abgesehen von diesem besonderen Zweck ist das Antwortschreiben des Herrn von Puttkamer so glatt, daß sich eine bestimmte positive Richtung des neuen Ministers nicht daraus erkennen läßt. Man erfährt, was man ohnehin wußte, daß, so lange der Friede mit dem Klerus nicht geschlossen ist, demselben ein größerer Einfluß auf die Schule nicht eingeräumt werden soll. Auf der andern Seite steht der Aufruf einer Wiederherstellung des früheren Einflusses des Klerus auf die Schule nicht entgegen, sobald der Friede geschlossen ist. Bisher aber war man der Meinung, daß, auch ganz abgesehen von einem Zwiespalt zwischen Staatsregierung und Klerisei, die Einsetzung weltlicher Schulaufsichtsorgane eine Nothwendigkeit ist. Nicht nur hat die Schulaufsicht unter den geistlichen Organen überhaupt sehr gelitten, dieselbe ist auch vielfach Zwecken dienstbar gemacht worden, welche nichts mit der Schule, sondern nur mit dem besonderen konfessionellen Interesse des betreffenden Geistlichen gemein hatten. Mehr als Worte beweisen Thaten. In dieser Beziehung erhebt die gesammte ultramontane Partei in Köln jetzt ein Triumphgeschrei darüber, daß ihrem Verlangen nachgegeben und der Schulrath Lauer in Köln von der Aufsicht über die katholischen Schulen entbunden ist. Es ist das aus zarter Rücksicht dafür geschehen, daß Herr Lauer, obwohl gewissenhaft seinen Amtspflichten nachkommend, entgegen seiner früheren geistlichen Stellung nach seinem Uebertritt in ein weltliches Amt eine evangelische Dame geheiratet hat. Diese zarte Rücksicht auf die Beobachtung einer kanonischen Regel in einer Stellung, welche mit dem kanonischen Recht nichts zu thun hat, kontrastirt schneidend mit der Rücksichtslosigkeit, in welcher die katholische Klerisei fortfährt, den kirchlichen Gesetzen des Staats den Gehorsam zu verweigern. Die fortbauende Auslehnung gegen die Staatsgesetze hat Herr von Puttkamer nicht abgehalten, in höflichster und verbindlichster Form dem Klerus für sein Vertrauensvotum zu danken. Es ist nur die staats- und gesetzes-treue Fortschrittspartei, welche die offiziöse Presse vor diesen Wahlen als revolutionär und reichsfeindlich angreifen darf.

Wahlnachrichten.

— **In der Provinz Sachsen** scheint sich die Scheidung der Liberalen von dem sich noch liberal nennenden Theile der Nationalliberalen allmählich in einer größeren Reihe von Wahlkreisen zu vollziehen. So ist in dem Mansfelder Wahlkreis ein Aufruf an die liberalen Urwähler erschienen, unterzeichnet von achtzehn angesehenen Männern, zum Theil Großgrundbesitzern, darunter 7 Amtsvorstehern und 2 Kreisdeputirten. In demselben werden die Urwähler aufgefordert, für die Wahl bewährter, echt liberaler Wahlmänner zu wirken, zugleich unter der Erklärung, daß die von einem nationalliberal-konservativen Komitee aufgestellten Kandidaten, Geh. Rath Leuschner (freikonservativ) und Professor Gneist, „welcher den liberalen Standpunkt nicht mehr vertritt,“ als Kandidaten der liberalen Partei nicht anzuerkennen seien. — Die Magdeburger Zeitung nimmt erfreulicherweise hier Partei gegen Gneist.

— **Schleswig-Holstein.** Die Aussichten unserer Partei in Schleswig-Holstein würden anscheinend gut sein, wenn nicht dort die Kandidatennoth ein unüberwindliches Hinderniß wäre. In mehreren Kreisen würde als einziger liberaler Kandidat ein Mann fortschrittlicher Farbe aufgestellt und zum Sieg gebracht werden, wenn man überhaupt einen einheimischen Kandidaten unserer Richtung finden könnte. Wie wir hören, hat sich Dr. Victor Hensen, Professor der Physiologie in Kiel, welcher in seiner Geburtsstadt Schleswig 1867 zum preussischen Abgeordnetenhaus gewählt wurde und hier (früher als alle seine Landsleute) der Fraktion der Fortschrittspartei angehörte, auf Andringen seiner Freunde bereit erklärt, wieder ein Mandat anzunehmen. Hensen ist, wie in der Wissenschaft, so auch in der Politik ein treuer Freund und Schüler Virchow's. Das Mandat als Abgeordnete legte er bald nieder. Seither hat er sich durch seine außerpolitische gemeinnützige Wirksamkeit um seine engere Heimath mannigfach verdient gemacht, insbesondere auch um die Fischerei derselben.

— **Brandenburg.** In einer großen Versammlung von Wählern erstatteten am 17. Sept. die bisherigen Abgeordneten des Kreises Westhavelland-Zauch-Bezirk, Stadtrath Zelle und H. Hermes, Bericht und ertreten allgemeinen Beifall. Die Landeszeitung, Kreuzzeitung, Post, Norddeutsche, vermuthlich auch noch mehr konservative Blätter, verbreiten die wohl nirgends in liberale Zeitungen bisher aufgenommene falsche Nachricht, daß die liberale Partei des Wahlkreises neben dem nationalliberalen Abgeordneten Prediger Schumann den Bürgermeister Hammer und den Stadtrath Bleil in Brandenburg als Kandidaten aufstellte. Die genannten beiden Herren sind völlig überrascht durch diese tendenziös erfundene Neuigkeit. Herrn v. Wapdorf-Wiesenburg's Aussichten werden dadurch gewiß nicht verbessert.

— **Posen.** 20. September. Eugen Richter sprach gestern Abend in einer von 1300 bis 1500 Personen besuchten Versammlung unter dem lebhaftesten Beifall gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Seit Jahren hatte Posen nicht eine so stark besuchte Versammlung gesehen. Viele Besucher mußten aus Mangel an Platz in dem dicht gefüllten Saal umkehren. Die Versammlung war von dem erst seit November v. J. neubegründeten Wahlverein der Fortschrittspartei besetzt und wurde von dessen Vorsitzenden, Bürgermeister Herse geleitet.

Hier wie in Berlin, Magdeburg, Stettin u. hat die Fortschrittspartei die Eisenbahnfrage zum Mittelpunkt des Wahlprogramms gemacht. Ein großer Theil der Nationalliberalen tritt mit der Fortschrittspartei für Hänel ein. Ein anderer Theil geht mit den Konservativen; der Kandidat dieser Seite soll heute Abend gefunden werden. Ein dritter Theil der Nationalliberalen hat einen eigenen Kandidaten in der Person des Chefredakteurs Köbener vom „Hannoverschen Courier“, der bekannten publizistischen Stütze Bennigsen's, aufgestellt. Köbener's Kandidatur, welche von der Posener Zeitung unterstützt wird — deren Mitarbeiter er ist, — hat wenig Aussicht. Die Posener Zeitung hatte fälschlich verbreitet, daß ein Nationalliberaler einem Gegner der Verstaatlichung der Eisenbahnen seine Stimme nicht geben könne. Bekanntlich stimmten aber schon im Februar d. J. über 60 Nationalliberale für die Resolution der Budgetkommission, welche sich gegen den Ankauf der Bahnen aussprach.

— **Ruppin-Templin.** In einer Versammlung des liberalen Wahlvereins für den Templiner Kreis in Zehdenick ist Dr. med. Eduard Greve aus Tempelhof bei Berlin (Fortschritt), Vorsitzender des liberalen Wahlkomitês für Lestow-Beeskow-Storkow, nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede als liberaler Kandidat des Wahlkreises Ruppin-Templin aufgestellt worden, der bisher von zwei konservativen Abgeordneten (von Kneisebeck, Freifonf., Graf Gulenburg, Neufonf.) vertreten war. Als zweiten liberalen Kandidaten wird der Kreis Ruppin einen Nationalliberalen aufstellen.

Zur ferneren Abwehr.

Unsere Vermuthung (in Nr. 6), daß die Nationalliberale Korrespondenz (N.L.C.) in die Hände der Partei „Treitschke“ gerathen sei, scheint sich leider zu bestätigen. Unter Bezugnahme auf einen Artikel

der „Vossischen Zeitung“ beschuldigt sie die Fortschrittspartei der Verfälschung des Haders und kommt dann mit der alten Mähr, daß innerhalb der parlamentarischen Fortschrittspartei seit längerer Zeit zwei Strömungen einander bekämpften, eine verständig liberale und eine rückwärtslos radikale Richtung, und daß nur eine Art Terrorismus bisher die Spaltung der Fraktion verhütet hätte. Diese so oft in ihrer ganzen Abgeschmacktheit dargestellte Erfindung kommt vor dem Parteitage vom Novbr. 1878 allenfalls auf Leichtgläubige Eindruck machen und für möglich gehalten werden. Seit diesem aber sollten doch nationalliberale Organe, die von solchen parlamentarischen Mitgliedern der nationalliberalen Partei geleitet werden, welche bei der Sezession vom Juli d. J. in der Partei blieben, endlich aufhören, den alten Kofl aufzumähen. Leider erklärt die von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Dernburg redigirte Nationalzeitung, welche den Artikel der „N.L.C.“ abdruckt, dazu ausdrücklich ihr Einverständnis.

Briefkasten.

F. in P. J. in M. Richter hat allerdings auf der Eisenbahnfahrt in Ostpreußen mit dem Herrn Schulrath Wendtland von Gumbinnen im Eisenbahncoupé eine Unterredung gehabt. Wendtland machte Richter Vorwürfe, daß er ihn im Abgeordnetenhaus wegen Wahlbeeinflussung der Lehrer ungerecht beschuldigt habe. Die fortschrittlichen Abgeordneten aus Ostpreußen wüßten am besten, daß ihm, Wendtland, solches fern liege. Im übrigen versicherte Wendtland, die Ansicht Richters zu theilen, daß die Alterszulagen der Lehrer denselben aus keinerlei politischen Gründen entzogen werden könnten und dürften. Dergleichen dürfe man keiner preussischen Regierung auch nur im entferntesten zutrauen.

S. in E. Der bisherige Reichstagsabgeordnete für Küst-Niederung bezog als Oberregierungsath in Berlin ein Gehalt von 4200 Mark und 1800 Mark Zulage; als Regierungspräsident von Gumbinnen empfängt er jetzt 11,400 Mark. Der bisherige Reichstagsabgeordnete für Insterburg-Gumbinnen, Oberstaatsanwalt Saro in Gumbinnen, befand sich bisher in einer Gehaltsklasse von 4800 bis 6000 Mark, Königsberg in eine Gehaltsklasse von 7500 bis 9900 Mark auf. Der bisherige Reichstagsabgeordnete für Stallupönen-Goldap-Darkehmen, von Götzer, befand sich als Landrath in einer Gehaltsklasse von 4200 Mark Durchschnittsgehalt. Als er im Jahre 1878 zum Oberverwaltungsgerichtsrath vorrückte, kam er in eine Gehaltsklasse von durchschnittlich 8700; nunmehr zum Unterstaatssekretär ernannt, bezieht er 15,000 Mark. Die erhöhten Wohnungsgeldzuschüsse sind überall nicht mit in Anrechnung gebracht. — Sie sehen also, daß die vorgenannten Herren sich in einer Lage befinden, die neuen Steuern und Zölle, welche sie im Reichstag bewilligen halfen, für ihren Haushalt mit Leichtigkeit zu tragen.

Verkauf fortschrittlicher Broschüren.

Die Centralstelle dafür, Buchhandlung von **C. Barthel, Berlin S., Alexandrinenstraße 32,** versendet nur gegen portofreie Einsendung des Preises (Postanweisung oder Briefmarken) folgende Schriften portofrei und direkt.

Ein besonderes Interesse für die Wahlfragen haben folgende Broschüren:

Politische Zeitfragen.

- Nr. 14. **Der liberale Wähler,** oder Was man zum Wählen wissen muß. Ein politisches Handbüchlein, nach dem ABC geordnet. pro Expl. 60 Pf.
- Nr. 3: **Eugen Richter: Die falsche Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck.** In Partien von mindestens 10 Expl. 50 Pf., von mindestens 50 Expl. 40 Pf.
- Nr. 11: **Abg. Prof. Dr. Virchow: Die Beschränkung der Rede-freiheit im Reichstage.** In Partien von mindestens 50 Expl. 15 Pf.
- Nr. 13: **Die neuen Zoll- und Steuervorlagen statistisch beleuchtet vom Abgeordneten Eugen Richter.** In Partien von mindestens 50 Expl. pro Expl. 15 Pf.